

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Brexits



Franziska Miessgang, 8br

Internationale Kultur- und Wirtschaftsräume, Tobias Lenz

Dezember 2023

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	2
2. BREXIT IM ÜBERBLICK	2
2.1 DEFINITION DES BEGRIFFS "BREXIT"	2
2.2 DIE EUROPÄISCHE UNION	2
2.3 URSACHEN DES BREXITS	4
2.4 DER BREXIT-PROZESS	4
2.6 ZIELE DES BREXITS.....	5
2.7 DIE VERSCHIEDENEN BREXIT-SZENARIEN	6
2.7.1 SZENARIO 1: „HARTER BREXIT“	6
2.7.2 SZENARIO 2: „ÜBERGANGSPHASE & ABKOMMEN“	6
2.7.3 SZENARIO 3: „SOFT BREXIT“	6
2.7.4 SZENARIO 4: AUFSCHUB DES BREXITS.....	7
2.7.5 SZENARIO 5: RÜCKNAHME DES AUSTRITTSANTRAGS	7
2.8 DURCHFÜHRUNG DES BREXITS	7
3. WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH	8
3.1 PROGNOSEN	8
3.2 ERSTE ENTWICKLUNGEN NACH DEM BREXIT	9
3.3 WÄHRUNGSEFFEKTE UND BANKWESEN.....	10
3.4 ARBEITSMARKT UND MIGRATION	10
3.5 HANDELSBEZIEHUNGEN UND ZOLLREGELUNGEN.....	11
3.6 AUSWIRKUNGEN AUF DIE POLITIK.....	12
3.7 RISSE IM KÖNIGREICH	12
4. WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN AUF DIE EUROPÄISCHE UNION	13
5. FAZIT	14
LITERATURVERZEICHNIS.....	15
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	16

1. Einleitung

Der Brexit, als historischer Wendepunkt im europäischen Gefüge, hat weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Landschaft sowohl im Vereinigten Königreich als auch in der Europäischen Union. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU vollzog sich ein komplexer Prozess, der das Ende einer jahrzehntelangen Mitgliedschaft markierte. Diese Arbeit wirft einen Blick auf den Brexit und analysiert die vielfältigen Facetten dieses Ereignisses, von den Verhandlungen über Austrittsabkommen bis zu den wirtschaftlichen Auswirkungen. Es werden vor allem auf die Perspektiven des Vereinigten Königreichs eingegangen, aber auch die der Europäischen Union berücksichtigt.

2. Brexit im Überblick

2.1 Definition des Begriffs "Brexit"

Das Wort „Brexit“ ist eine kreative Verschmelzung der Begriffe „Britannien“ und „Exit“. Es symbolisiert den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union.¹

2.2 Die Europäische Union

Die Europäische Union, kurz "EU", entstand nach dem zweiten Weltkrieg als ein Friedensprojekt, um erneute Konflikte zu verhindern. Es beruht auf den Prinzipien einer einheitlichen Währung, gemeinsamer Regelungen, intensiver Kooperationen, friedliche Zusammenarbeit und der Freiheit des Reisens ohne Grenzkontrollen. Im Jahr 1973 trat das Vereinigte Königreich, bestehend aus England, Schottland, Wales und Nordirland, der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei, der Vorläuferorganisation der EU. Der Beitritt hatte

¹ Vgl. Weerth, Carsten: Brexit. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/brexit-54217> (Zugriff: 27.10.2023).

wirtschaftliche und politische Gründe, da das Land nach dem Ende des British Empire nach neuen Handelspartnern suchte. .²

Der entscheidende Schritt von der EG zur EU erfolgte mit dem Vertrag von Maastricht im Jahr 1993. Dieser Vertrag führte politische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen in einem umfassenderen Rahmen zusammen und formte die Grundlagen der Europäischen Union. Dieser Entwicklungsprozess setzte sich mit weiteren Verträgen fort, darunter der Vertrag von Amsterdam (1999), der Vertrag von Nizza (2001) und schließlich der Vertrag von Lissabon (2007).³

Der Binnenmarkt bleibt ein grundlegendes Element der EU. Die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen steht weiterhin im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Integration. Gleichzeitig vertieft sich die Zusammenarbeit in verschiedenen Politikbereichen, darunter Umweltschutz, Forschung und Innovation, Energiepolitik und soziale Angelegenheiten. Die Europäische Union gründet sich auf die unantastbare Würde des Menschen, die Freiheit, die Demokratie, die Gleichstellung, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte. Diese Werte sind fundamental für die gesamte Politik und die Freiheiten. Laut dem Stand im Januar 2023 gehören der Europäischen Union 27 Mitgliedstaaten an.⁴

Die EU-Mitgliedstaaten sind: Belgien seit 1952, Bulgarien seit 2007, Dänemark seit 1973, Deutschland seit 1952, Estland seit 2004, Finnland seit 1995, Frankreich seit 1952, Griechenland seit 1981, Irland seit 1973, Italien seit 1952, Kroatien seit 2013, Lettland seit 2004, Litauen seit 2004, Luxemburg seit 1952, Malta seit 2004, Niederlande seit 1952, Österreich seit 1995, Polen seit 2004, Portugal seit 1986, Rumänien seit 2007, Schweden seit 1995, Slowakei seit 2004, Slowenien seit 2004, Spanien seit 1986, Tschechische Republik seit 2004, Ungarn seit 2004, Zypern seit 2004. Früherer EU-Mitgliedstaat: Vereinigtes Königreich von 1973 bis 31. Jänner 2020.⁵

² Vgl. Studysmarter (Hrsg.): Brexit. <https://www.studysmarter.de/schule/englisch/landeskunde-englisch/brexit/> (Zugriff: 27.10.2023).

³ Vgl. Europäische Union (Hrsg.): EU. https://european-union.europa.eu/index_de (Zugriff: 28.10.2023).

⁴ Vgl. ebd.

⁵ Vgl. ebd.

2.3 Ursachen des Brexits

Nach der Gründung der EU 1993 entwickelten sich im Laufe der Zeit in Teilen der britischen Gesellschaft Unzufriedenheiten mit der EU. Ein Hauptgrund für die Entscheidung, aus der EU auszutreten, war, dass ein Anstieg der Mitglieder in nationalsozialistischen Parteien in Teilen der britischen Gesellschaft zu Unzufriedenheit führte. Gleichzeitig schrieben einige den Verlust des britischen Reichtums während der Zeit des British Empires der EU zu. Auch die Angst vor Zuwanderung verstärkte sich insbesondere durch die Flüchtlingskrise von 2015. Es gab Vorurteile, dass Ausländer Arbeitsplätze wegnehmen könnten, und es wurde Kritik an der Flüchtlingspolitik der EU ausgeübt. Zusätzlich war in England der Fischfang ein bedeutender Wirtschaftszweig, der jedoch durch die EU-Fangquoten eingeschränkt wurde, was zu wirtschaftlichen Herausforderungen führte. Schlussendlich hofften sowohl Politiker als auch viele Bürger im Vereinigten Königreich, dass der Brexit einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen würde.⁶

2.4 Der Brexit-Prozess

Ein Grund für die vielen unterschiedlichen Meinungen in Großbritannien zum Brexit ist, dass sich das Vereinigte Königreich in England, Wales, Schottland und Nordirland unterteilt. Während der Großteil von England und Wales für den Austritt stimmten, waren Schottland und Nordirland dagegen.⁷

Am 23.06.2016 haben sich jedoch in Summe 51,9 % der Briten für den Austritt der EU entschieden. Die Verhandlungsfrist für ein Austrittsabkommens betrug standardmäßig zwei Jahre ab dem Zeitpunkt, an dem das Austrittsgesuch eingereicht wurde. Ursprünglich war als Austrittstermin der 29. März 2019 festgelegt, wurde jedoch auf den 12. April 2019 verschoben. Schließlich stimmte die EU am 10. April 2019 einer weiteren Verlängerung zu, die den Austrittszeitpunkt auf den 31. Oktober 2019 verschob. Nachdem das bestehende Austrittsabkommen die Zustimmung auf britischer Seite erhalten hatte, wurde das offizielle

⁶ Vgl. Studysmarter, Zugriff: 28.10.2023.

⁷ Vgl. Günther, Katrin/Richards, Carol/Schiffer, Anne-Kathrein: Brexit. EU 2020.

Austrittsdatum auf den 31. Januar 2020 festgelegt. An diesem Tag trat das Vereinigte Königreich aus der Europäischen Union aus.⁸

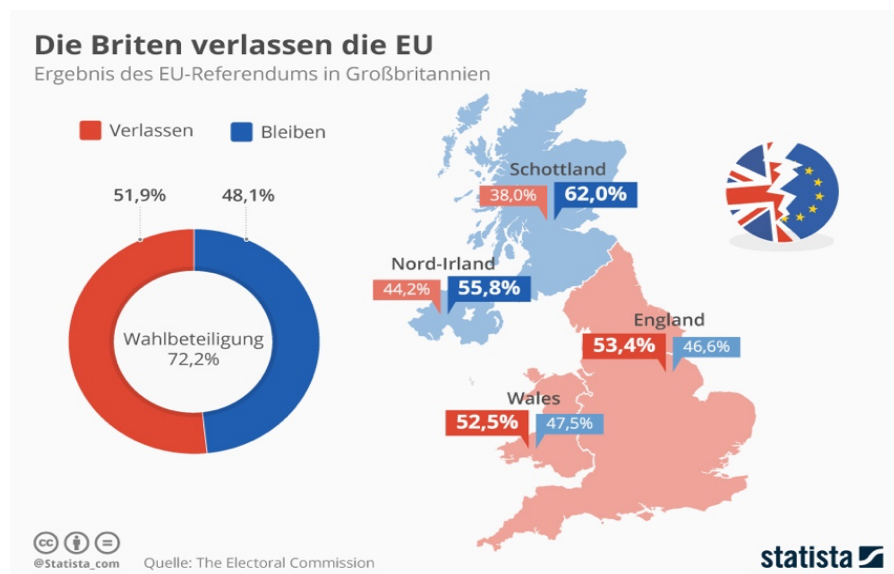


Abbildung 1: Statistik von der Abstimmung für den Austritt der EU

Seit 2013 hat der Brexit die Schlagzeilen und die öffentliche Aufmerksamkeit beherrscht und zum ersten Mal in der Geschichte hat ein Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen. Der Ausstieg brachte viele Herausforderungen mit sich. Es mussten wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Themen mit der EU neu verhandelt werden. Noch bis heute wird über einige dieser Themen diskutiert.⁹

2.6 Ziele des Brexits

Mit dem Ausstieg aus der EU wollte Großbritannien vor allem wieder seine Unabhängigkeit zurückerlangen, die Autorität im eigenen Land wiederherstellen und zur alten Größe zurückkehren. Die Ziele des Brexits waren auch die Wiedererlangung nationaler Souveränität, Unabhängigkeit von EU-Gesetzen, Kontrolle über die Einwanderung, wirtschaftliche Unabhängigkeit durch eigene Handelsabkommen und Betonung der nationalen Identität.¹⁰

⁸ Vgl. Bauer, Michael: Brexit Hintergrund.

<https://www.ihkmuenchen.de/de/Service/Internationalisierung/BREXIT/Hintergrund/#:~:text=Am%2023.,Jahre%20ab%20Einreichen%20des%20Austrittsgesuchs> (Zugriff: 01.11.2023).

⁹ Vgl. Studysmarter, Zugriff: 01.11.2023.

¹⁰ Vgl. Grabusch, Ralf: Endstation Brexit. Baden-Baden 2018.

2.7 Die verschiedenen Brexit-Szenarien

2.7.1 Szenario 1: „Harter Brexit“

Der Begriff "Harter Brexit" bezog sich auf einen ungeregelten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und den Handel, der gemäß den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) abläuft. Weder die EU noch die britische Regierung bevorzugten ein "No-Deal-Szenario". Im Fall eines "Harten Brexits" hätte das Vereinigte Königreich die EU ohne neue Vereinbarungen verlassen. Dies hätte zur Folge gehabt, dass Waren und Dienstleistungen den Regeln der WTO unterliegen und es hätte keinen freien Waren- und Dienstleistungsverkehr mehr gegeben, wodurch wieder Zölle eingeführt worden wären. Großbritannien hätte dann nur eingeschränkten Zugang zum EU-Binnenmarkt, vergleichbar mit den Bedingungen, die für andere Drittländer gelten, gehabt.¹¹

2.7.2 Szenario 2: „Übergangsphase & Abkommen“

In diesem Szenario, welches dann auch zur Anwendung gekommen ist, ist ein Austrittsabkommen vereinbart worden und es wurde eine Übergangsphase vereinbart. Während dieser Zeit ist das Vereinigte Königreich eng an die EU gebunden geblieben, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Als Konsequenz ist am 1. Februar 2020 die Übergangszeit in Kraft getreten. Dadurch hat sich für Unternehmen bis zum 31. Dezember 2020 vorerst nichts geändert. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, die Übergangsphase auf Wunsch beider Seiten einmalig zu verlängern.¹²

2.7.3 Szenario 3: „Soft Brexit“

Bei diesem Szenario wären beide Seiten in einer engen vertraglichen Bindung zueinandergestanden. Beispiele für so eine Beziehung sind die Schweiz oder Norwegen. Mögliche Formen wären eine Zollunion oder ein umfassendes Freihandelsabkommen

¹¹ Vgl. Bauer, Zugriff: 01.11.2023.

¹² Vgl. ebd.

gewesen. Es hätte zu einem freien oder begünstigten Marktzugang führen können, aber auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse verursachen können.¹³

2.7.4 Szenario 4: Aufschub des Brexits

Auf Antrag des Vereinigten Königreichs wurde das Brexit-Datum verschoben. Alle 27 verbleibenden EU-Staaten mussten dieser Verlängerung zustimmen, um Großbritannien mehr Zeit für den Austritt einzuräumen. Auch die EU behielt sich das Recht vor, die Verhandlungsfrist zu verlängern. Mit der verlängerten Frist bis zum Brexit hat die Möglichkeit bestanden, mit der EU zu verhandeln und einen weicheren Brexit anzustreben. Falls das britische Parlament nicht rechtzeitig dem Austrittsabkommen zugestimmt hätte (Szenario 2), wäre das UK auf einen „Harten Brexit“ zugesteuert. Es wurde erwartet, dass sich in so einem Fall eine parteiübergreifende Allianz von gemäßigten Parlamentariern gebildet hätte, um einen No-Deal zu verhindern.¹⁴

2.7.5 Szenario 5: Rücknahme des Austrittsantrags

Es hätte theoretisch auch die Möglichkeit bestanden, dass das UK seinen Austrittsantrag zurückgezogen hätte und in der EU geblieben wäre. Dies hätte jedoch auch politische und rechtliche Herausforderungen mit sich gebracht.¹⁵

2.8 Durchführung des Brexits

Der Brexit hat sich mit einer Übergangsphase und einem Austrittsabkommen vollzogen und das Vereinigte Königreich hat die Europäische Union am 31. Januar 2020 verlassen. Nach langwierigen Verhandlungen wurden die Austrittsbedingungen und die künftigen Handelsbeziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU festgelegt. Das Austrittsabkommen wurde ab 01. Februar 2020 wirksam, gefolgt von einer Übergangsperiode bis zum 31. Dezember 2020, während der die bisherigen Regelungen vorläufig beibehalten

¹³ Vgl. dbh (Hrsg.): Brexit.

https://www.dbh.de/wpcontent/uploads/2020/02/Brexit_Whitepaper_01_Einfuehrung_und_Ueberblick.pdf (Zugriff: 03.11.2023).

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. ebd.

wurden. Nach Ablauf dieser Übergangsperiode sind neue Handelsregelungen und Beziehungen in Kraft getreten.¹⁶

Der Vertragsrahmen besteht aus drei Abkommen: dem Handels- und Kooperationsabkommen, einem Abkommen über den Austausch von Verschlusssachen und einem eigenständigen Abkommen zur Nutzung der Kernenergie. Das Handels- und Kooperationsabkommen deckt verschiedene Bereiche ab, darunter Handel, Investitionen, Wettbewerb, staatliche Beihilfen, Umweltschutz, Klimawandel, Sozial- und Arbeitsrechte, Datenschutz und Fischerei. Beide Parteien verpflichteten sich zu fairem Wettbewerb und einem hohen Schutzniveau. Alle Abkommen traten am 1. Mai 2021 endgültig in Kraft und bilden den rechtlichen Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und UK.¹⁷

3. Wirtschaftliche Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich

In der Wirtschaftswissenschaft besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass der Brexit negative ökonomische Konsequenzen für das Vereinigte Königreich hat. In der Politik hingegen sind das Ausmaß und die Schwere dieser Folgen umstritten.

3.1 Prognosen

Bereits vor dem Austrittsreferendum warnten Befürworter eines Verbleibs vor den erheblichen Kosten des Brexits. Insbesondere im Bereich des Warenhandels war die EU der bedeutendste Handelspartner des Vereinigten Königreichs. Zudem hatte sich über Jahrzehnte hinweg eine enge Verflechtung und wechselseitige Abhängigkeit der britischen Wirtschaft und den EU-Ländern entwickelt. Im Jahr 2016 warnte der britische Finanzminister George Osborne vor einem möglichen langfristigen Wohlstandsverlust von bis zu sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die britische Wirtschaft im Falle eines Austritts. Diese Berechnungen wurden von Befürwortern des Brexits als Angstmacherei ("project fear") abgetan. Sie argumentierten, dass das Vereinigte Königreich durch die Befreiung von EU-

¹⁶ Vgl. bmeia (Hrsg.): Verhältnis EU-UK nach dem Brexit.

<https://www.bmeia.gv.at/themen/europapolitik/verhaeltnis-eu-uk-nach-dem-brexite> (Zugriff: 05.11.2023).

¹⁷ Vgl.ebd.

Regulierungen und die Neuausrichtung bisheriger Zahlungen in den EU-Haushalt, beispielsweise für Investitionen in den chronisch unterfinanzierten National Health Service, gestärkt aus dem Brexit hervorgehen würde.¹⁸

3.2 Erste Entwicklungen nach dem Brexit

Tatsächlich vollzog das Vereinigte Königreich den Austritt aus der Zollunion und dem Binnenmarkt erst am Ende der Übergangsphase im Januar 2021. Zu diesem Zeitpunkt befand sich ganz Europa bereits mitten in der Corona-Pandemie, was die Wirtschaft ohnehin stark beeinträchtigte. Hinzu kamen die Herausforderungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ab Februar 2022, die Verwerfungen auf dem europäischen Energiemarkt und eine deutlich steigende Inflation, die alle europäischen Länder bis heute wirtschaftlich belasten. Dennoch sind bereits jetzt einige Auswirkungen des Brexits erkennbar. Anfang 2023 hat das Vereinigte Königreich als einzige G7-Wirtschaft noch nicht wieder das wirtschaftliche Niveau von 2019 erreicht, das vor der Pandemie und dem Brexit lag.¹⁹

Gemäß einer Untersuchung des britischen Centre for European Reform führte der Brexit bis Mitte 2022 im Vereinigten Königreich zu einem Wohlstandsverlust von 5,5 Prozent. Diese Zahl entspricht in etwa den Kosten, die das britische Finanzministerium bereits im Jahr 2016 prognostiziert hatte. Die aktuelle britische Regierung lehnt diese Berechnungen jedoch ab und führt die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Pandemie und den Krieg in der Ukraine zurück. Allerdings erklärt dies nicht die Unterschiede zu anderen europäischen Ländern, die ebenfalls unter den Auswirkungen der Pandemie, den Folgen des Kriegs und steigender Inflation leiden.²⁰

¹⁸ Vgl. Krüger, Thomas: Vom Brexit zum Bregret? <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/vereinigtes-koenigreich-2023/519168/vom-brexite-zum-bregret/> (Zugriff: 01.12.2023).

¹⁹ Vgl. Krüger, Zugriff 01.12.2023.

²⁰ Vgl. ebd.

3.3 Währungseffekte und Bankwesen

Die Bank of England nennt den Brexit, insbesondere die damit verbundene dauerhafte Abwertung des Pfundes und den Rückgang an Investitionen, als eine der Ursachen für die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes. Nach dem Brexit haben zahlreiche Banken London

verlassen und sich in Europa

angesiedelt. Diese Umsiedlung betrifft Weltbanken und hat negative Auswirkungen auf Londons Finanzstatus. Zudem unterliegen die Banken nicht mehr den EU-Regulierungen. Falls Politiker die Bankenregulierung lockern, können Finanzierungen durch britische Banken günstiger werden. Allerdings könnte dies langfristig die Finanzstabilität gefährden. Bei einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung in Großbritannien können Banken weniger Kredite vergeben, was die Finanzierung für Unternehmen erschweren würde. Unternehmen müssen zudem mit höheren Finanzierungskosten rechnen.²¹

3.4 Arbeitsmarkt und Migration

Der Fachkräftemangel stellt eine bedeutende Herausforderung dar. Die Arbeitsmigration aus der EU wurde spürbar erschwert, was eines der Hauptziele der Brexit-Befürwortern unter dem Motto "Take back control" war. Während die Zuwanderung aus anderen Teilen der Welt weiterhin hoch blieb, hat die Einwanderung aus der EU deutlich abgenommen. Gleichzeitig sind viele EU-Bürger trotz der Beibehaltung ihrer Arbeitsrechte durch den Austrittsvertrag abgewandert. Insgesamt fehlen dem Vereinigten Königreich dadurch rund 330.000 Arbeitskräfte.²²

²¹ Vgl. Bauer, Zugriff: 02.12.2023.

²² Vgl. Krüger, Zugriff 02.12.2023.

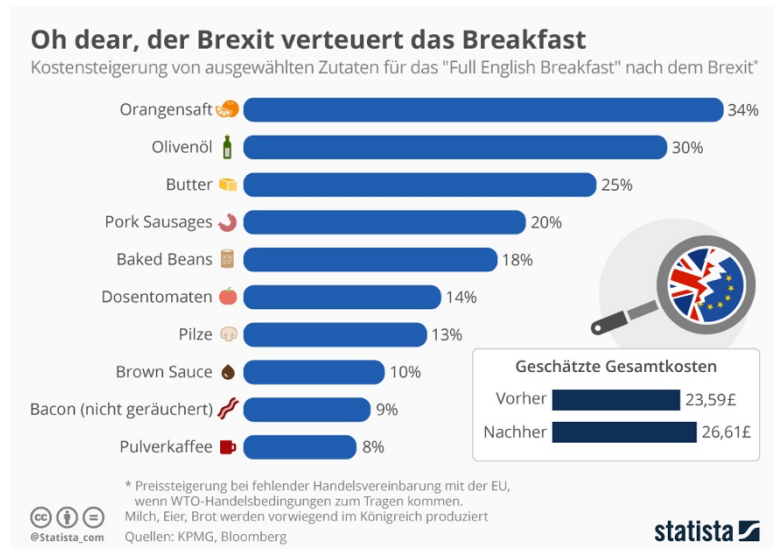


Abbildung 2: Darstellung des Preisanstiegs nach dem Brexit

3.5 Handelsbeziehungen und Zollregelungen

Mit dem Austritt aus dem Binnenmarkt und der Zollunion trat das Land aus sämtlichen Handelsverträgen der EU aus. Während der Übergangsphase gelang es, diese Verträge weitgehend in eigene Abkommen zu überführen, teilweise sogar mit für die britische Regierung vorteilhafteren Bedingungen. Zusätzlich wurden weitere Handelsabkommen verhandelt beziehungsweise hat man bei den Verhandlungen bereits größere Fortschritte erzielt als die EU. Dennoch war es bisher nicht möglich, den Verlust des Zugangs zum EU-Binnenmarkt auszugleichen. Ein Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, die das größte wirtschaftliche Potenzial bieten, ist nach wie vor nicht in Sicht. Allerdings haben die Bemühungen des Vereinigten Königreichs um einen Beitritt zum Transpazifischen Freihandelsabkommen (CPTPP) vielversprechendere Aussichten auf Erfolg.²³

Die Auswirkungen der Handelsbeziehungen in Großbritannien unterscheiden sich dabei naturgemäß je nach Sektor und dem Grad vorheriger Integration in den EU-Binnenmarkt. Besonders sticht die britische Automobilindustrie hervor, die tief in transeuropäische Liefer- und Produktionsketten eingebunden ist: 2022 fiel das Niveau der Neuwagenproduktion auf den Stand von 1956, seit 2016 ist sie von 1,3 Millionen auf 775.000 Autos gesunken.²⁴

Das Vereinigte Königreich gilt nun als Drittland. Das bedeutet, dass es jetzt eine Zollgrenze zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich gibt. Es gibt Zollformalitäten, möglicherweise Genehmigungspflichten in der Exportkontrolle und Veränderungen im Präferenzrecht. Präferenzen sind zollrechtliche Vorzugsbehandlungen für Waren aus bestimmten Ländern und Gebieten. Exporte und Importe können mit Hilfe von Präferenzen kostengünstiger gestaltet werden. Das Handelsabkommen "Trade and Cooperation Agreement" (TCA) regelt den bevorzugten Handel von Ursprungserzeugnissen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union. Es gibt jedoch Sonderregelungen für Nordirland, die sicherstellen, dass Nordirland weiterhin wie ein EU-Mitglied behandelt wird.²⁵

²³ Vgl. Krüger, Zugriff 02.12.2023.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. Bauer, Zugriff: 02.12.2023.

3.6 Auswirkungen auf die Politik

Der Brexit hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erhebliche politische Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich. Es gab zwei vorgezogene Neuwahlen, Rücktritte von vier Premierministern (David Cameron, Theresa May, Boris Johnson, Liz Truss) und zahlreiche parlamentarische Niederlagen trotz Mehrheiten. Die Konservative Partei hat sich zur Brexit-Partei gewandelt und ist politisch nach rechts gerückt. Ein konstitutioneller Konflikt zwischen Regierung und Parlament sowie eine Schwächung des Parlaments durch den Brexit-Prozess sind evident. Die Bevölkerung ist tief gespalten und die öffentliche Debatte ist stark polarisiert, wobei die Haltung zum Brexit zu einer zentralen politischen Identität geworden ist.²⁶

3.7 Risse im Königreich

Die politischen Risse im Vereinigten Königreich infolge des Brexits haben zu komplexen Herausforderungen geführt. Die Unterschiede in den Abstimmungsergebnissen zwischen den Landesteilen, insbesondere die Ablehnung des EU-Austritts in Schottland und Nordirland, haben bestehende Spannungen vertieft.²⁷

In Schottland hat die Schottische Nationalpartei (SNP) den Brexit als Grund für ein erneutes Unabhängigkeitsreferendum angeführt, obwohl Umfragen keine klare Mehrheit für die Unabhängigkeit zeigen.²⁸

In Nordirland wurde das Nordirland-Protokoll eingeführt, um die offene Grenze zwischen Nordirland (Teil des UK) und der Republik Irland (Teil der EU) zu erhalten, was ein zentrales Anliegen für den Friedensprozess in der Region war. Es hat zu kontroversen Warenkontrollen und politischen Blockaden geführt. Ende Februar 2023 wurde eine vorläufige Einigung, bekannt als "Windsor Framework", von Premierminister Rishi Sunak mit der EU erzielt. Demnach erhält Nordirland einen Sonderstatus, bei dem viele Regeln des EU-Binnenmarkts dort weitergelten und die Zollkontrollen zwischen Nordirland und Großbritannien in der

²⁶ Vgl. Krüger, Zugriff 10.12.2023.

²⁷ Vgl. ebd.

²⁸ Vgl. ebd.

Irishen See stattfinden. Sie bietet zwar gewisse Handelserleichterungen, belässt jedoch strittige Punkte des Protokolls intakt. Die politische Lage bleibt angespannt, insbesondere in Bezug auf den Friedensprozess und die Frage der inneririschen Beziehungen.²⁹

Die Unsicherheiten bezüglich des Zusammenhalts im Vereinigten Königreich werden durch diese politischen Entwicklungen weiter verstärkt. Die Zukunft, insbesondere in Bezug auf Schottland und Nordirland, bleibt ungewiss und wirft wichtige Fragen hinsichtlich der politischen Einigung und Identität im Vereinigten Königreich auf.³⁰

4. Wirtschaftliche Auswirkungen auf die Europäische Union

Der Brexit führte dazu, dass die EU rund 66 Millionen Bürger verlor. Er hatte negative Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft, insbesondere durch Handelsbarrieren und zusätzliche Kosten im Handel mit dem Vereinigten Königreich. Einige Branchen, wie Finanzdienstleistungen und der Arbeitsmarkt, haben Veränderungen erfahren. Unternehmen mussten sich auf neue regulatorische Anforderungen einstellen und Lieferketten wurden beeinträchtigt. Der Austritt aus dem Binnenmarkt bedeutet Handelshemmnisse und die EU mit ihren Mitgliedsstaaten sind gezwungen neue Handelsbedingungen auszuhandeln und durchzuführen. Ein Beispiel ist die Fischerei, ein symbolisch wichtiger Punkt in den Verhandlungen. Der Wunsch nach Kontrolle über britische Gewässer könnte zu mehr Ausbeute für britische Fischer führen, aber auch zu Problemen beim Export in die EU. Die Unsicherheiten über die genauen Handelsbeziehungen und ihre Auswirkungen bleibt bestehen, aber die EU behält die Möglichkeit von Ausgleichszöllen und Regulierungen.³¹

²⁹ Vgl. Krüger, Zugriff 10.12.2023.

³⁰ Vgl. ebd.

³¹ Vgl. Bedenbecker, Dirk/ Sander, Mike: Brexit 2021. <https://hfbgmbh.de/2020/11/brexit-folgen/> (Zugriff: 10.12.2023).

5. Fazit

Der Brexit hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Geschichte der europäischen Wirtschaft. Während das Vereinigte Königreich nun eigenständige Wege beschreitet, sieht sich die Europäische Union mit der Aufgabe konfrontiert, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu gestalten und die Lücken zu füllen, die der Austritt hinterlassen hat. Das Fazit lautet daher, dass der Brexit nicht bloß eine politische Trennung darstellt, sondern auch eine wirtschaftliche Neugestaltung mit bedeutenden Herausforderungen auf beiden Seiten mit sich bringt. Erste Trends sind bereits spürbar und wurden in diesem Portfolio beschrieben, jedoch wird sich eine genaue Entwicklung vermutlich erst in den nächsten Jahren herausstellen.

Literaturverzeichnis

Bauer, Michael: Brexit Hintergrund.

<https://www.ihkmuenchen.de/de/Service/Internationalisierung/BREXIT/Hintergrund/#:~:text=Am%2023.,Jahre%20ab%20Einreichen%20des%20Austrittsgesuchs> (Zugriff: 01.11.2023).

Bedenbecker, Dirk/ Sander, Mike: Brexit 2021. <https://hfbgmbh.de/2020/11/brexit-folgen/> (Zugriff: 10.12.2023).

bmeia (Hrsg.): Verhältnis EU-UK nach dem Brexit.

<https://www.bmeia.gv.at/themen/europapolitik/verhaeltnis-eu-uk-nach-dem-brexit> (Zugriff: 05.11.2023).

dbh (Hrsg.): Brexit.

https://www.dbh.de/wpcontent/uploads/2020/02/Brexit_Whitepaper_01_Einfuehrung_und_Ueberblick.pdf (Zugriff: 03.11.2023).

Europäische Union (Hrsg.): EU. https://european-union.europa.eu/index_de (Zugriff: 28.10.2023).

Grabuschnig, Ralf: Endstation Brexit. Baden-Baden 2018.

Günther, Katrin/Richards, Carol/Schiffer, Anne-Kathrein: Brexit. EU 2020.

Krüger, Thomas: Vom Brexit zum Bregret?

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/vereinigtes-koenigreich-2023/519168/vom-brexit-zum-bregret/> (Zugriff: 01.12.2023).

Studysmarter (Hrsg.): Brexit. <https://www.studysmarter.de/schule/englisch/landeskunde-englisch/brexit/> (Zugriff: 27.10.2023).

Weerth, Carsten: Brexit. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/brexit-54217> (Zugriff: 27.10.2023).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung des Titelblattes:

In: Ludowig, Carsten: Hamburg und der Brexit. <https://www.hamburg.de/brexit/> (Zugriff: 10.12.2023).

Abbildung 1: Statistik von der Abstimmung für den Austritt der EU5

In: Günther, Katrin/Richards, Carol/Schiffer, Anne-Kathrein: Brexit. EU 2020.

Abbildung 2: Darstellung des Preisanstiegs nach dem Brexit10

In: Günther, Katrin/Richards, Carol/Schiffer, Anne-Kathrein: Brexit. EU 2020.